Fr. 2.70

DIENSTAG, 2. DEZEMBER 2014

az nordwestschweiz

# LIMMATTALER ZEITUNG

AZ 8953 Dietikon | Nr 328 | 111. Jahrgang
redaktion@limmattalerzeitung.ch 058 200 57 57
abo@limmattalerzeitung.ch 058 200 55 57
inserate@limmattalerzeitung.ch 058 200 57 75

Kanal sanieren?
Besser jetzt als zu spät!
056 438 05 35 (24h) oder 044 746 66 66 (24h)
www.kanaltotal.ch
Kanal total
Hächler-Reutlinger

**Boris Blank**
Der Yello-Musiker spricht über sein neues Album
KULTUR 28

Tankrevisionen
• Sanierungen von Tankanlagen
• Einbau von Neuanlagen
E. HUNZIKER AG
5727 OBERKULM
Telefon 062 776 27 27
Fax 062 776 39 68
www.tankrevisionen1a.ch
info@tankrevisionen1a.ch

**Simonetta Sommaruga**
Die SP-Justizministerin wird morgen zur Bundespräsidentin gewählt
INLAND 5

# Krankenkassenkunden werden mit falschen Versprechen geködert

**Prämien** Einer Dietikerin wurden Rückzahlungen angeboten – Konsumentenschutz spricht von «perfider Täuschung»

VON BASTIAN HEINIGER

Bereits während dem unerwünschten Anruf wurde ihr klar: Das ist Bauernfängerei. Eine Dietikerin erhielt am vergangenen Freitag einen Anruf von einer angeblich offiziellen Stelle. Er rufe an wegen der zu viel bezahlten Krankenkassenbeiträgen, die den Zürchern im kommenden Jahr zuständen, behauptete der Mann am anderen Ende der Leitung. Dafür bräuchte er jedoch ihre Wohnadresse. So könne er überprüfen, wie viel ihr zustehe und sie dann in einem persönlichen Gespräch darüber informieren. Sein Unternehmen werde in den nächsten zwei Wochen jedem Dietiker Einwohner persönlich das Geld in einem halbstündigen Gespräch überreichen.

### Solche Anrufe häufen sich

Der Mann arbeitet für das Unternehmen Tariflupe, ein Callcenter mit Sitz in Zürich. Der Vorfall hätte nicht geschehen dürfen, hiess es dort auf Anfrage der «Limmattaler Zeitung», man werde mit dem entsprechenden Mitarbeiter sprechen.

Das Ganze ist kein Einzelfall: Paul Rhyn vom schweizerischen Branchenverband der Krankenversicherungen Santésuisse spricht von einer Häufung von derartigen Anrufen. Gerade weil man bis zum 30. November noch die Krankenkasse wechseln konnte, sei Santésuisse vermehrt über irreführende Anrufe informiert worden. Der Verband will nun politisch dagegen vorgehen.

André Bähler von der Stiftung für Konsumentenschutz spricht von einer «perfiden Täuschung» und ruft zu genereller Skepsis auf: «Offizielle Stellen rufen in der Regel nicht an.» SEITE 17

**21. Weihnachts-Sammelaktion für Ruanda** Heute beginnt die traditionelle Zeitungs-Sammelaktion für das Hilfswerk Margrit Fuchs Ruanda. Spenderinnen und Spender haben die Möglichkeit, gezielt Hilfe zu leisten. Beliebt sind und waren Viehspenden (Bild), aber auch die anderen Aktivitäten des Hilfswerks brauchen Ihre Unterstützung. Bei der letztjährigen Sammelaktion kamen 824 000 Franken zusammen. Damit konnte 2014 zugunsten der Notleidenden in einem der ärmsten Länder viel Gutes bewirkt werden. SEITEN 2/3

FOTO: TIM DIRVEN/REPORTERS/LAIF

**KOMMENTAR**

## Soziallasten müssen gerechter verteilt werden

So unterschiedlich die Meinungen der politischen Akteure zu möglichen Lösungen auch sein mögen – das Problem ist unbestritten: Die Soziallasten sind unter den Gemeinden im Kanton Zürich sehr ungleich verteilt. Städte wie Dietikon und Winterthur kommen wegen der hohen Kosten finanziell an den Anschlag, während sich die Gemeinden an der Goldküste

von Matthias Scharrer

deswegen keine grossen Sorgen machen müssen. Hauptgrund dieser Unterschiede ist die jeweilige Bevölkerungsstruktur. Und darauf haben die Gemeinden keinen grossen Einfluss.

Jetzt will der Kantonsrat das Heft in die Hand nehmen: Eine parlamentarische Initiative von Rosmarie Joss (SP, Dietikon), die einen Soziallastenausgleich im Rahmen des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes verlangt, fand gestern die vorläufige Unterstützung nicht nur der linksgrünen Ratsseite, sondern auch der BDP und CVP. Damit ist das Anliegen im Moment mehrheitsfähig.

Der Regierungsrat will jedoch noch bis 2017 warten, ehe er womöglich Anpassungen am Finanzausgleich vornimmt. Sein Argument ist nachvollziehbar: Das neue Finanzausgleichsgesetz ist erst seit 2012 in Kraft, noch lässt sich nicht abschliessend beurteilen, wie es sich längerfristig auswirkt. Doch nach dem heutigen Kenntnisstand scheint klar: Eine gerechtere Verteilung der Soziallasten ist nötig. Ebenso nötig ist allerdings eine sorgfältige Analyse – damit das komplexe System des Finanzausgleichs mehr als nur ein paar wenige Jahre Bestand hat.

@ matthias.scharrer@azmedien.ch

INSERAT

DR.H.P.KUSTER
ZAHNARZT
eidg. dipl.
Neu in Uitikon
Wir freuen uns auf Ihren Anruf
Tel. 043 466 87 87
Zürcherstrasse 4 / Zentrum Waldegg
8142 Uitikon Waldegg

**Kantonsrat**

## Druck für Soziallastenausgleich

Seit 2012 ist der neue kantonale Finanzausgleich erst in Kraft. Nun will der Kantonsrat das unter dem damaligen SP-Regierungsrat aus Dietikon, Markus Notter, erarbeitete Finanzausgleichsgesetz erneut unter die Lupe nehmen. Die von Rosmarie Joss (SP, Dietikon) eingebrachte parlamentarische Initiative für einen Soziallastenausgleich im Rahmen des Finanzausgleichs fand gestern die vorläufige Unterstützung des Rats. Dieser beauftragte damit die zuständige Kantonsratskommission, einen entsprechenden Bericht und Antrag zu erarbeiten. Die Mehrheitsverhältnisse sind allerdings knapp: Zwar gelang es der linksgrünen Ratsseite, BDP und CVP auf ihre Seite zu bringen. Mit 88 Stimmen verfehlte die Initiative von Joss jedoch um zwei Stimmen eine absolute Mehrheit. Vertreter von FDP und SVP monierten, noch sei völlig unklar, wie der geforderte Soziallastenausgleich finanziert werden solle. Und Regierungsrat Martin Graf (Grüne), der Nachfolger von Markus Notter, wies das Parlament darauf hin, zuerst gelte es, den für 2017 angekündigten Bericht zu den Folgen des neuen Finanzausgleichs abzuwarten. Vergeblich. «Gewisse Gemeinden haben nicht die Zeit, zu warten», so Joss. KOMMENTAR RECHTS, SEITE 21

**Nationalrat**

## Handelsverbot für syrische Kulturgüter

Zwischen Euphrat und Tigris entstand die erste Zivilisation der Menschheit. Das kulturelle Erbe ist wegen des Irakkriegs und der Syrienkrise zunehmend bedroht. Doch nicht nur die Gefechte zerstören Kirchen und Moscheen: mit den Kulturgütern wird auch ein reger illegaler Handel betrieben. Grabstätten und Museen werden geplündert, die Beute in die ganze Welt verschifft. Da der Schweizer Kunsthandelsplatz zu den grössten weltweit gehört, hat der Nationalrat gestern ein Handelsembargo gegenüber Syrien verabschiedet. SEITE 7

LIZ
20049
9 771661 052004